

ILS-TRENDS



Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung auf europäischer Ebene

Um die räumliche Dimension von Armut zu erfassen und vergleichend zu analysieren, ist die Betrachtung möglichst kleinräumiger Daten notwendig. Da europaweit vergleichbare Daten zur Analyse von Armut und sozialer Ausgrenzung jedoch nur unzureichend vorhanden sind, bestand das Ziel des ESPON-Projekts „Territorial Dimension of Poverty and Social Exclusion in Europe (TiPSE)“ in der Erstellung einer Datenbasis auf regionaler Ebene, um somit räumliche Muster und Trends von Armut und sozialer Ausgrenzung abbilden zu können.

Mehr als ein Viertel der Bevölkerung der Europäischen Union (EU) und rund ein Fünftel in Deutschland ist gemäß der offiziellen EU-Statistik von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Kinder, Arbeitslose, Frauen und ethnische Minderheiten sind dabei überdurchschnittlich stark gefährdet. Aufgrund der steigenden Zahl betroffener Personen sowie der wachsenden sozialen Disparitäten zwischen und innerhalb der EU Länder – die sich durch die Wirtschafts- und Finanzkrise deutlich verschärft haben – ist die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu einem zentralen Thema auf der politischen Agenda der EU und ihrer Mitgliedstaaten avanciert. So soll unter anderem die Europa 2020 Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum ein Be-

wusstsein für aktive Beschäftigungspolitik und soziale Inklusion schaffen (EC 2010). Eines ihrer Kernziele ist die zahlenmäßige Reduktion der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen oder bedrohten Menschen um mindestens 20 Millionen. Bei dessen Verwirklichung sollen die Länder mit Hilfe von zwei Schlüsselinitiativen der EU-Kommission unterstützt werden: der Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie der Europäischen Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung.

Das Projekt TiPSE: Eine kleinräumige Datenbasis

Armut und soziale Ausgrenzung werden gesellschaftlich erzeugt und haben ver-

Autorinnen und Autor dieser Ausgabe

Dipl.- Geographin Isabel Ramos Lobato
Fon + 49 (0) 231 9051-191
isabel.ramos-lobato@ils-forschung.de

Dipl.- Geograph Stefan Kaup
Fon + 49 (0) 231 9051-145
stefan.kaup@ils-forschung.de

Dr. Sabine Weck
Fon + 49 (0) 231 9051-184
sabine.weck@ils-forschung.de

1/15

schiedene Ursachen und Auswirkungen. Gleichzeitig beinhalten sie auch eine räumliche Dimension, für deren Erfassung und Abbildung es einer Analyse kleinräumiger Daten im europäischen Vergleich bedarf. Da ebendiese Daten jedoch fehlen oder nur stark aggregiert, auf nationaler Ebene, vorhanden sind, leistet das Projekt TiPSE einen Beitrag, um diese Lücke zu schließen. Ziel des Kooperationsprojekts war die Erstellung einer Datenbasis auf regionaler Ebene zur Abbildung räumlicher Muster und Trends von Armut und sozialer Ausgrenzung. Da sich intraregionale Unterschiede auf diese Weise kaum erfassen lassen, wurden zusätzlich zehn lokale Fallstudien durchgeführt, die Armuts- und Ausgrenzungsprozesse auf einer kleinräumigeren Ebene untersuchen. Insgesamt umfasste das Projekt vier zentrale Bausteine: 1) Kartierung der Armutsgefährdung auf regionaler Ebene, 2) Kartierung der Trends und Muster sozialer Ausgrenzung, 3) Fallstudien und 4) Politikempfehlungen.

TiPSE war Teil des ESPON 2013-Programms und wurde finanziert durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), die EU-Mitgliedstaaten sowie die Partnerländer Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz. Das Projekt hatte eine Laufzeit von Februar 2012 bis Oktober 2014. Das Konsortium setzte sich zusammen aus: Nordregio – Nordic Centre for Spatial Development/Schweden (Leadpartner), University of the Highlands and Islands/Großbritannien, Newcastle University/Großbritannien, Research Centre for Economic and Regional Studies HAS/Ungarn, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung/Deutschland, EKKE – National Centre for Social Research/Griechenland und The James Hutton Institute/Großbritannien. Die hier vorgestellten Ergebnisse beruhen auf den Projektergebnissen, die in einem Endbericht (Copus 2014) und weiteren Projektberichten dokumentiert sind (© ESPON 2013, TiPSE, Nordregio). Alle Projektberichte finden sich unter: http://www.espon.eu/main/Menu_Projects/Menu_AppliedResearch/tipse.html.

Erläuterung der verwendeten Konzepte und Definitionen

Das Konzept der sozialen Ausgrenzung – hier auch als Exklusion bezeichnet – stammt aus Frankreich und erfuhr erst in den 1990er-Jahren auch in anderen

Ländern einen deutlichen Bedeutungsgewinn (Talbot et al. 2012: 4). Während der Fokus politischer Programmatik innerhalb der EU zuvor ausschließlich auf der Einkommensarmut und der materiellen Dimension von Ausgrenzung lag, wurden nun auch Formen sozialer und kultureller Benachteiligung berücksichtigt. Obwohl Armut und soziale Ausgrenzung oftmals parallel auftreten, sollten sie als unterschiedliche Konzepte betrachtet werden. Während der Armutsbegriff überwiegend auf Einkommens- und Verteilungsaspekte abzielt und den Zugang zu materiellen und finanziellen Ressourcen beschreibt, ist das Konzept der sozialen Ausgrenzung vielmehr multidimensionaler Natur und bezieht sich neben dem Einkommen auf unterschiedliche Formen gesellschaftlicher Integration, wie Beschäftigung, Wohnen, Bildung, politische und soziale Partizipation (Shucksmith/Chapman 1998; Kronauer/Siebel 2013: 14).

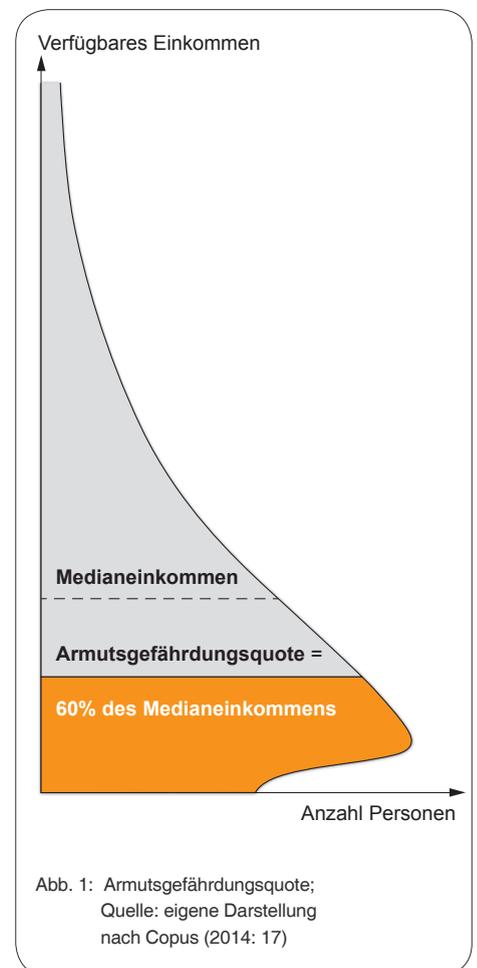
Armut und Ausgrenzung lassen sich allerdings jenseits von einkommensbasierten Daten nur schwer erfassen oder messen. Hinzu kommt, dass sich die Ausgangslage und das Wohlstandsniveau in den EU-Staaten stark unterscheiden. Armut wird deshalb in der europäischen Definition immer in eine nationale Relation gesetzt. Als arm gilt, wem weniger als 60% des nationalen Medianeinkommens zur Verfügung stehen. Eine solch klare Definition von Exklusion fehlt bisweilen; es besteht jedoch Einigkeit über die relationale und dynamische Dimension des Konzepts, das weniger einen Zustand als vielmehr einen Prozess beschreibt (Jehoel-Gijsber/Vrooman 2007). In Abgrenzung zum Armutsbegriff betrifft soziale Exklusion nicht nur Individuen, sondern bezieht sich auch auf soziale Gruppen, die Diskriminierung oder Ausgrenzung ausgesetzt sind. Armut und soziale Ausgrenzung müssen jedoch nicht zwangsläufig gleichzeitig auftreten, da sie durch unterschiedliche Faktoren abgemildert oder ausgeglichen werden können (bspw. durch wohlfahrtstaatliche Politiken oder soziale Netzwerke) (Talbot et al. 2012).

Wie kann relative Armut gemessen werden?

Der vom Statistischen Amt der Europäischen Union Eurostat bevorzugte und gängigste Indikator der Messung von relativer

Armut ist der Anteil der Bevölkerung mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des nationalen Medianeinkommens, die so genannte Armutsgefährdungsquote (vgl. Eurostat 2014a). Jedoch ist dieser Indikator sehr komplex und nicht einfach zu interpretieren, da er sowohl das regionale Einkommensniveau, als auch seine Verteilung beschreibt.

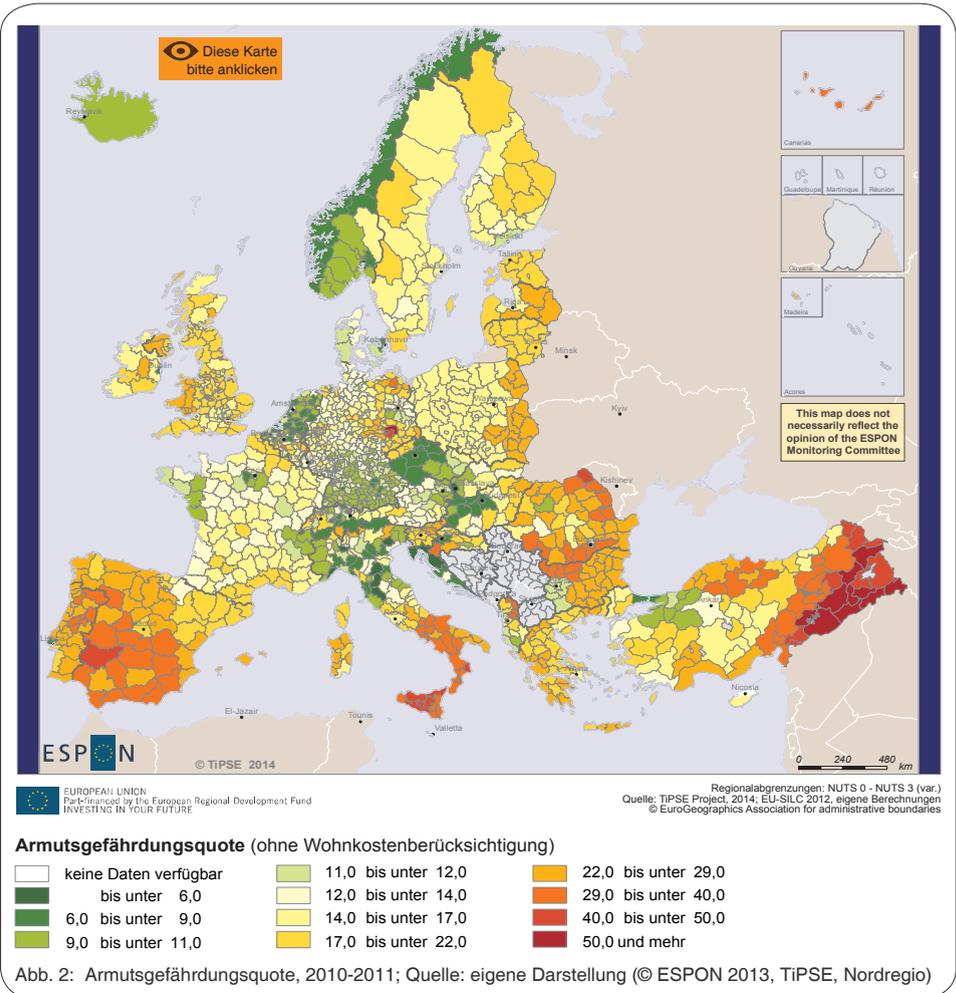
Bei einer gesamteuropäischen Betrachtung ist es daher von Bedeutung, welche Bezugsgröße zu Grunde gelegt wird. Orientiert man sich am europaweiten Medianeinkommen, korreliert die regionale Darstellung der Gefährdungsquote stark mit dem Median der Einkommensverteilung. Wird dagegen das Durchschnittseinkommen jeder Region als Bezugsgröße verwendet, spiegelt die Verteilung lediglich den Grad der Einkommensungleichverteilung zwischen den Regionen wider (Copus 2014). Abbildung 1 zeigt für einen fiktiven Raum den Zusammenhang zwischen Einkommensverteilung, Medianeinkommen und Armutsgefährdungsquote.



Eine regionale Betrachtung

Eine europaweite Karte der Armutsgefährdung geht in diesem Fall von einem Mosaik von regionalen statistischen Schätzungen aus. Die Bezugsgröße ist dabei immer das nationale Medianeinkommen. Zur Berechnung der Quote lassen sich grundsätzlich sowohl administrative Registerdaten als auch Befragungsdaten heranziehen, welche Informationen über das individuelle Einkommen enthalten. Zur Darstellung auf der regionalen Ebene ist ein räumlicher Indikator notwendig, der es ermöglicht, diese Individualdaten nach Regionen zusammenzufassen. Die europäische Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) beinhaltet Informationen zum Haushaltseinkommen der befragten Personen (vgl. Eurostat 2014b). Diese lassen sich jedoch räumlich lediglich auf der NUTS-2-Ebene verorten. Einige Länder lassen sogar lediglich eine Verortung auf NUTS-1 zu. Zur Erläuterung: NUTS ist die Abkürzung für *Nomenclature des unités territoriales statistiques* und bezeichnet die Systematik zur Identifizierung und Klassifizierung der räumlichen Bezugseinheiten der amtlichen Statistik in den Mitgliedstaaten der EU. NUTS-1 ist in Deutschland gleichzusetzen mit den Bundesländern, NUTS-2 mit der Ebene der Regierungsbezirke; NUTS-3 entspricht den Kreisen und kreisfreien Städten.

Um regional höher aufgelöste Muster zu erzeugen, sollten die benötigten Indikatoren für das Projekt TiPSE ursprünglich aus vorhandenen Datenquellen wie EU-SILC,



Registern und Volkszählungen generiert werden. Ein zentraler Baustein dafür ist die Verfügbarkeit der Individual- oder Regionaldaten des Zensus 2011. Da diese jedoch nicht in allen Ländern verfügbar waren, mussten zum Teil alternative Methoden entwickelt und umgesetzt werden (s. Textbox 1). In einigen Fällen boten jedoch auch

verschiedene nationale Statistikbehörden Informationen über die Einkommensverteilung in den Regionen auf einer ausreichend kleinräumigen Ebene an, sodass eine alternative Berechnung nicht notwendig war.

Ergebnis: Eine gesamteuropäische Karte

Eine gemeinsame Darstellung der Armutsgefährdungsquote in Europa basiert auf unterschiedlichen nationalen Einkommensniveaus als Bezugsgrößen. Bei der Interpretation ist deshalb Vorsicht geboten. Abbildung 2 zeigt die Ergebnisse der Quotenberechnung im Projekt TiPSE sowie die Ergebnisse eines parallel durchgeführten Projekts der Weltbank zur Armutsgefährdungsquote in den neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Unter dem Vorbehalt der notwendigen Interpretation zeigen sich bei der Betrachtung der räumlichen Verteilung relativer Armut sehr hohe Konzentrationen in einigen Regionen Süditaliens, Griechenlands, in Nordirland, in einigen osteuropäischen Regionen sowie im östlichen Teil der Türkei. Gleichzeitig verdeutlicht die Karte, dass metropolitane Räume eine im nationalen Kontext günstigere Entwicklung zeigen als ländlich-periphere Gebiete.

Textbox 1: Methodik der Schätzung von Armutsgefährdung

Die bevorzugte Methode der Erzeugung von Armutsgefährdungsquoten im Projekt ESPON TiPSE war die Verwendung des so genannten Poverty Mappings der Weltbank und der Anwendung der durch die Weltbank entwickelten Software PovMap. Diese kombiniert Befragungs- und Volkszählungsdaten mit Hilfe von in beiden Datensätzen vorhandenen Kovariablen. Darauf aufbauend wird ein Regressionsmodell erstellt, welches die Verteilung des Einkommens in den darzustellenden Regionen simuliert.

Als erste Alternative der Methodik wurden lineare Regressionsmodelle ausgewählt. Die Modelle basieren dabei auf der Armutsgefährdungsquote auf einer höheren räumlichen Aggregation (NUTS-2) sowie einer Auswahl plausibler Modellvariablen. Um die Daten auf die räumlich höher aufgelöste Ebene (NUTS-3) modellieren zu können, müssen die Modellvariablen auch auf dieser Ebene zur Verfügung stehen.

Die zweite Alternative bildet eine simple Schätzung der Verteilung der Armutsgefährdungsquote anhand einer einzelnen, inhaltlich eng verknüpften Variablen wie der Arbeitslosenquote oder dem durchschnittlichen Einkommen in der Region. Diese wird als z-standardisierter Faktor mit der nationalen Armutsgefährdungsquote verrechnet.

Allen drei Methoden gemein ist eine abschließende Anpassung der Ergebnisse an die vorliegenden Armutsgefährdungsquoten der nächst höheren räumlichen Aggregation (NUTS-2). Regional unterschiedliche Wohn- und Lebenshaltungskosten werden in den Berechnungen nicht berücksichtigt.

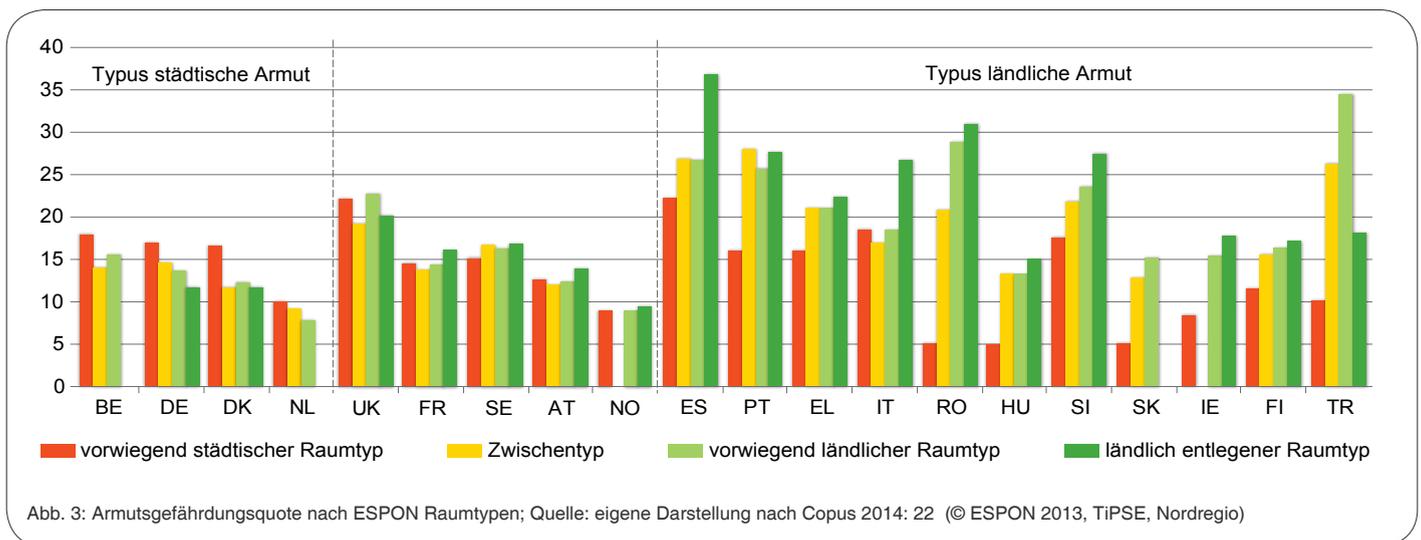


Abb. 3: Armutsgefährdungsquote nach ESPON Raumtypen; Quelle: eigene Darstellung nach Copus 2014: 22 (© ESPON 2013, TIPSE, Nordregio)

Abbildung 3 zeigt die Armutsgefährdungsquote in zwanzig Ländern, deren NUTS-3-Regionen entsprechend ihrer Raumtypisierung nach Dijkstra & Poelman (2011) gruppiert wurden. Sie verdeutlicht die Unterschiede zwischen den europäischen Ländern mit Bezug auf eine stärker „städtische“ oder stärker „ländliche“ Prägung von Armut. Während in vier mitteleuropäischen Ländern (Deutschland, Österreich, Belgien und in den Niederlanden) die relative Armutsquote in den städtischen Regionen höher ist als in ländlichen oder Regionen mit Verdichtungsansätzen, zeigen die mediterranen Länder die stärkste Verbindung zwischen Armutsquote und Räumen mit ländlicher Prägung. Die Berechnung der kleinräumigen Armutsgefährdungsquote für Deutschland hatte im Projekt TIPSE aufgrund der fehlenden klassischen Volkszählung seit den 1980er-Jahren eine Sonderstellung. Da die Ergebnisse des Zensus 2011 zur Projektlaufzeit ebenfalls noch nicht vorlagen, waren für keinen der vorgesehenen Zeitschnitte der Berechnung (2000/01, 2010/11) Individualdaten verfügbar, welche eine Anwendung der PovMap-Methode (s. Textbox 1) erlaubt hätten. Deshalb musste auf eine Alternativmethode zurückgegriffen werden: So bieten EU-SILC sowie der deutsche Mikrozensus eine verlässliche Datenbasis zur Verteilung der Armutsgefährdungsquote auf NUTS-2-Ebene bzw. der Ebene der Anpassungsschichten des Mikrozensus. Aufgrund der Breite und Vergleichbarkeit des Indikatorenansatzes der deutschen und europäischen Statistik auf NUTS-2- sowie NUTS-3-Ebene wurde ein lineares Regressionsmodell zur Erklärung der Verteilung gewählt. Die neun erklärenden Variablen decken dabei die Bereiche Demografie, sozioökonomische Entwicklung sowie Wohnen ab.

Abbildung 4 zeigt die Verteilung der Armutsgefährdungsquote in Deutschland basierend auf der zuvor erläuterten Modellierung. Dabei zeigt sich ein deutliches Nord-Ost nach Süd-West-Gefälle. Neben den ostdeutschen Regionen sind vor allem die kreisfreien Städte im Westen der Bundesrepublik von einem erhöhten Gefährdungspotenzial betroffen, während die südlichen Regionen überwiegend niedrige Quoten aufweisen.

Muster und Trends sozialer Ausgrenzung – Wie lässt sich das Konzept fassen?

Wie bereits erläutert, ist das Konzept der sozialen Ausgrenzung multidimensional und bezieht sich auf unterschiedliche Formen gesellschaftlicher Integration. Auf der Basis umfangreicher Literaturauswertungen differenziert TIPSE zwischen vier zentralen Domänen sozialer Ausgrenzung, die wiederum unterschiedliche Dimensionen beinhalten (s. Tab. 1). Mit Hilfe der definierten Dimensionen wurde versucht, möglichst viele Aspekte sozialer Ausgrenzung

abzudecken und erfassen zu können, wobei auch die Verfügbarkeit vergleichbarer Datensätze berücksichtigt werden musste. Aufgrund des prozesshaften Charakters des Konzepts sozialer Ausgrenzung können einzelne Aspekte nicht direkt erfasst werden, sondern bedürfen Proxy-Indikatoren, also Näherungswerten, die weniger den Anteil tatsächlich betroffener Personen angeben, als vielmehr ein gewisses Risiko widerspiegeln. Trotz der Schwächen, die die Nutzung von Proxy-Indikatoren mit sich bringt, verdeutlichen diese direkt oder indirekt verschiedene Symptome sozialer Ausgrenzung und ermöglichen somit eine vorsichtige Interpretation räumlicher Muster sozialer Ausgrenzung in Europa.

Herausforderungen bei der Datensammlung

Die mangelnde Verfügbarkeit geeigneter Daten stellte das Projekt vor große Herausforderungen. So konnten die identifizierten Domänen sozialer Ausgrenzung nicht gleichmäßig abgedeckt werden, insbesondere zu Domäne 4 „Politische Partizipation“

Domäne	Dimension
1. Lebensunterhalt	a) Einkommen b) Beschäftigung
2. Zugang zu Dienstleistungen	a) Gesundheit b) Bildung c) Wohnen d) Transport und Kommunikation
3. Soziale Umwelt	a) Alter b) Ethnische Zusammensetzung c) Migranten d) Kriminalität und Sicherheit
4. Politische Partizipation	a) Staatsbürgerschaft

Tab. 1: Die Ausprägungen sozialer Ausgrenzung; Quelle: Copus 2014: 26

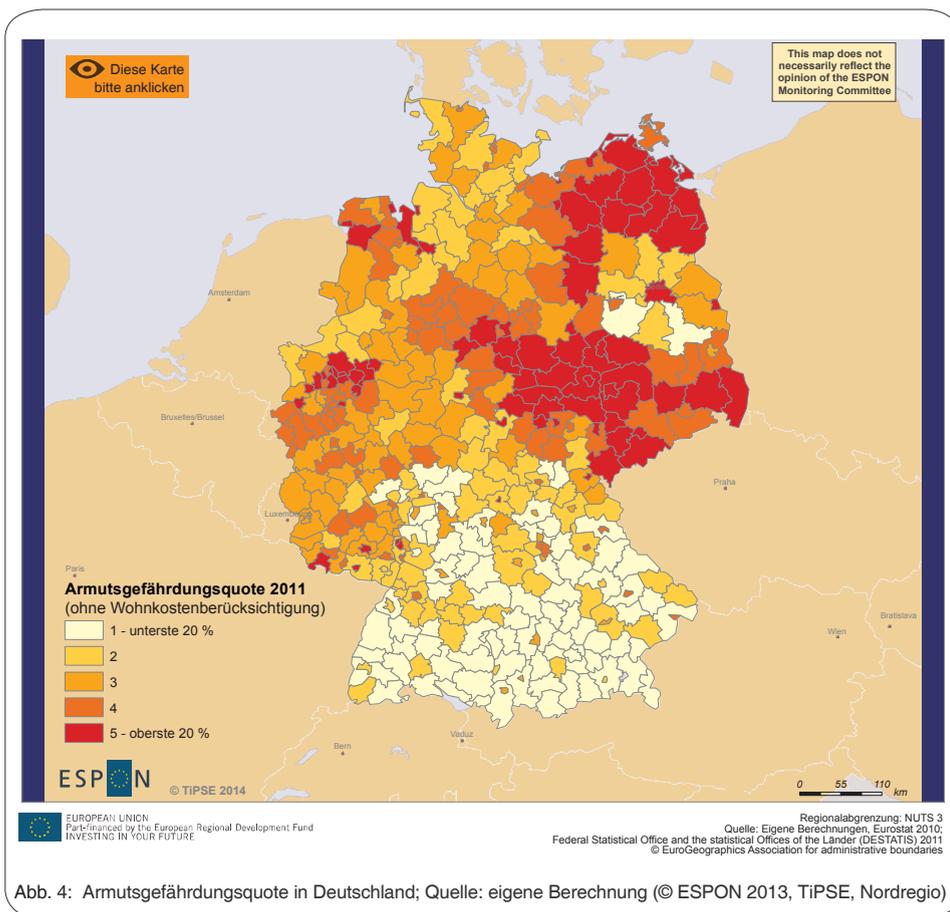


Abb. 4: Armutsgefährdungsquote in Deutschland; Quelle: eigene Berechnung (© ESPON 2013, TiPSE, Nordregio)

ist kaum vergleichbares Datenmaterial vorhanden. Da zudem die Hauptdatenquelle, die Arbeitskräfteerhebung der EU, lediglich Daten auf NUTS-2-Ebene bereithält, wurde zusätzlich auf Zensusdaten zurückgegriffen. Auch mit diesem Datensatz konnte jedoch kein flächendeckender Einsatz der untersuchten Indikatoren erreicht werden. Zudem erschweren europaweit variierende Zeitintervalle des Zensus sowie unterschiedliche Fragen und Definitionen einzelner Variablen einen europaweiten Vergleich. Da nicht alle benötigten Variablen des Zensus von Eurostat gesammelt und harmonisiert wurden, mussten diese in einem arbeitsaufwendigen Prozess aus zahlreichen nationalen Quellen zusammengetragen werden. Dennoch ist es gelungen, einen substanziellen und bisher noch nicht vorhandenen Datensatz aus insgesamt 22 harmonisierten NUTS-3-Proxy-Indikatoren zu erstellen, der es erlaubt, Muster und Trends sozialer Ausgrenzung in Europa zu analysieren.

Die Ergebnisse

Als Ergebnis der Datenanalyse lassen sich vier großräumige Muster der räumlichen Verteilung des Risikos sozialer Ausgrenzung erkennen.

- Das Risiko sozialer Ausgrenzung variiert deutlich zwischen den verschiedenen Makroregionen Europas. Besondere Disparitäten lassen sich vor allem zwischen Ost- und Nordwesteuropa sowie zwischen den Mittelmeerländern und Nordeuropa erkennen.
- Es zeigen sich Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Gebieten. Während – wie oben bereits mit Blick auf Einkommensdisparitäten erwähnt – in einigen europäischen Ländern vor allem Haushalte im ländlichen Raum von bestimmten Aspekten sozialer Ausgrenzung betroffen sind, betrifft das Risiko je nach Domäne in anderen Regionen deutlich häufiger städtische Haushalte (s. Abb. 3).
- Menschen in peripheren Regionen weisen ein höheres Ausgrenzungsrisiko auf. Dies betrifft vor allem besonders abgelegene Areale, wie Inseln, Küsten- oder Grenzgebiete.
- Auch raumspezifische Aspekte wie Deindustrialisierungsprozesse, demografischer Wandel, Arbeitslosigkeit, die Abwanderung bestimmter Bevölkerungsgruppen oder aber die Stigmatisierung und Diskriminierung von ethnischen oder religiösen Minderheiten können das regionale Risiko sozialer Ausgrenzung erhöhen.

Der zeitliche Vergleich zeigt, dass sich das Risiko sozialer Ausgrenzung zwischen Osten und Westen und Norden und Süden leicht angeglichen hat, während die Disparitäten zwischen ländlichen und städtischen Gebieten in vielen Aspekten zugenommen haben. Zudem scheint sich die Problematik multipler Benachteiligung in einigen Regionen zu verschärfen.

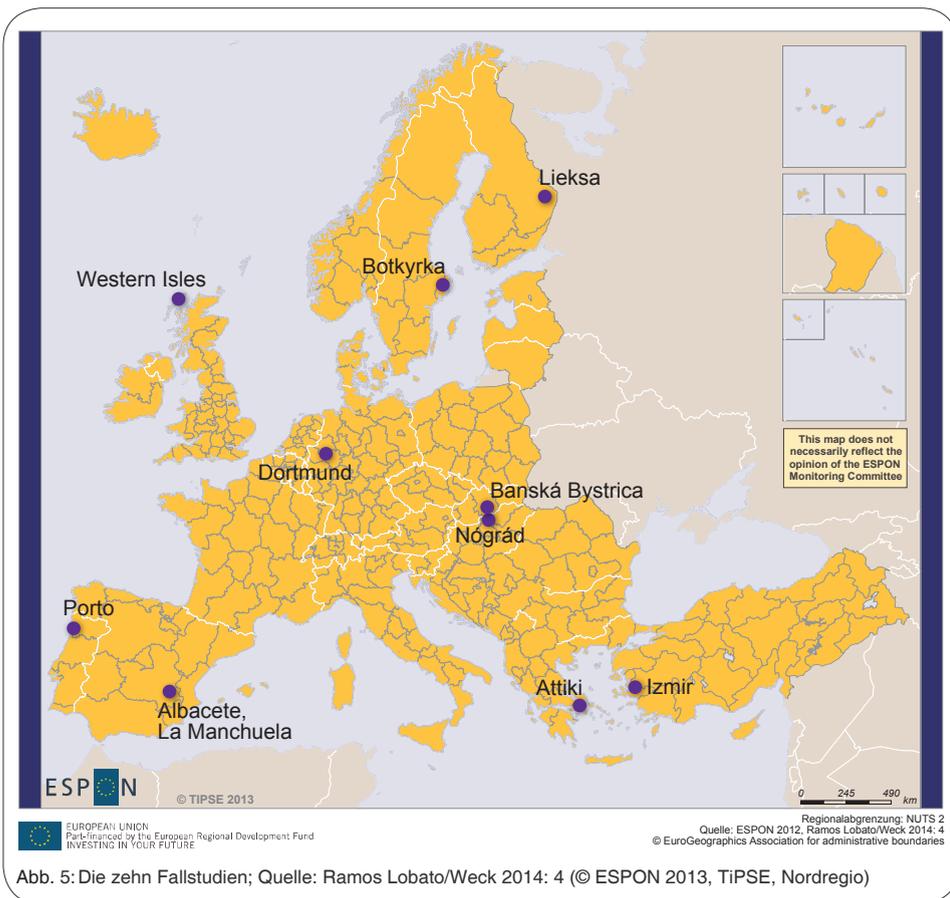
Mit Blick auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und insbesondere auch der Jugendarbeitslosigkeit zeigt sich, wie stabil sich Regionen in West- und Ostdeutschland zwischen den Jahren 2001 und 2011 halten konnten – gerade im direkten Vergleich mit Krisenregionen in Irland oder den südeuropäischen Ländern. Ostdeutsche Regionen zeigen nach wie vor höhere Werte als westdeutsche Regionen, doch zeigen sich auch bemerkenswerte Aufholprozesse in einigen ostdeutschen Regionen.

Kleinräumige Analyse von Armut und Ausgrenzung: Die Fallstudien

Ziel und zentrale Ergebnisse der Fallstudien

Die insgesamt zehn Fallstudien des Projekts (s. Abb. 5) dienen als Ergänzung der europaweiten Datenanalyse und untersuchen mit einem stärker qualitativen Fokus die zugrunde liegenden Faktoren und Prozesse von Armut und sozialer Ausgrenzung. Der thematische Fokus der Fallstudien variiert dabei; insgesamt wurden fünf unterschiedliche Aspekte sozialer Ausgrenzung ausgewählt: Arbeitslosigkeit, der ungleiche Zugang zu Bildung, soziale und ethnische Segregation, die Zugehörigkeit zu einer stigmatisierten ethnischen Minderheit sowie der Zugang zu Leistungen der (öffentlichen) Daseinsvorsorge in dünn besiedelten Räumen. Damit orientiert sich die Fallstudienauswahl auch an den vier im Projekt identifizierten Domänen sozialer Ausgrenzung.

Aufgrund der Vielfalt an Themen und Kontexten können zentrale Ergebnisse der Fallstudien hier nur kurz skizziert werden. Wie die Fallstudien zeigen, spielen räumliche Faktoren eine große Rolle bei der Reproduktion und Intensivierung individueller Betroffenheit von Armut und sozialer Ausgrenzung. Das lässt sich beispielsweise beim eingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Bildung und sonstigen Leistungen der öffentlichen Da-



Sozialräumliche Ungleichheiten und Bildungsdisparitäten in Dortmund

Im Vordergrund der Dortmunder Fallstudie (Ramos Lobato/Weck 2012) standen die Analyse sozialräumlicher Disparitäten und deren Reproduktion in Bildungsungleichheiten. Dabei stellt Dortmund keinen Spezialfall dar, sondern verdeutlicht vielmehr Zusammenhänge, die sich auch in anderen deutschen und europäischen Städten finden. Die starke Verbindung zwischen schulischem Erfolg von Schulkindern und ihrem sozialen Status vorausgesetzt, untersucht die Studie diesen Zusammenhang auf einer kleinräumigen Ebene, verbunden mit der Frage wie gleich oder ungleich Bildungschancen im städtischen Raum verteilt sind.

Die sozialräumliche Fragmentierung Dortmunds spiegelt sich deutlich in den Mustern des Bildungserfolgs wider. Während mehr als die Hälfte der Schulkinder in den südlicheren Bezirken den Wechsel zum Gymnasium schaffen, ist dies für lediglich ein Viertel der Schülerinnen und Schüler der benachteiligten Gebiete der Fall (s. Abb. 6). Das Bildungssystem scheint bereits zuvor entwickelte Leistungsunterschiede (aufgrund kognitiver Fähigkeiten, familiärer Unterstützung, unzureichender Sprachkenntnisse etc.) weniger auszugleichen, als vielmehr zu reproduzieren. Noch dazu scheinen sich Bildungsungleichheiten zu verfestigen. Obwohl die Übergangsquote zum Gymnasium zwischen 2002 und 2011 in allen Dortmunder Bezirken gestiegen ist, erreichen die nicht benachteiligten Gebiete noch immer

seinsvorsorge in ländlichen Räumen oder Quartiereffekten im städtischen Kontext beobachten. Zeitgleich ist Raum auch ein Faktor, der Situationen von Armut und Ausgrenzung abzuschwächen vermag, wenn zum Beispiel lokale soziale und ethnische Netzwerke vorhanden sind. Zudem verdeutlichen die Fallstudien, dass die jeweilige Maßstabebene entscheidend ist, um Muster und Formen von Armut und sozialer Ausgrenzung sichtbar zu machen. Während räumlich konzentrierte Formen der Benachteiligung auf Block- oder Straßenebene bei einer gesamtstädtischen Betrachtung verloren gehen, kann gleichzeitig ein zu enger Blickwinkel die Identifizierung weiträumigerer Muster verhindern.

Fallstudie Dortmund

Mit der zunehmenden Bedeutung von Wissen und dem steigenden Bedarf an Hochqualifizierten wird Bildung vielerorts als Schlüssel zu individuellem Erfolg, langfristigem Wachstum und dem Abbau sozialer Ungleichheit verstanden. Der Zugang zu Bildung sowie der Bildungserfolg sind jedoch nicht gleichmäßig verteilt; im zunehmenden Konkurrenzdruck um gute schulische Leistungen als Voraussetzung für den Hochschulzugang – und

damit gleichzeitig zu qualifizierten Jobs – werden einige Bevölkerungsgruppen abgehängt. Auch in Deutschland ist der Zusammenhang zwischen dem schulischen Erfolg von Kindern und dem sozioökonomischen Status ihrer Eltern evident (OECD 2012). Dies ist insofern brisant, da die Integration in den Arbeitsmarkt in Deutschland als effektivste Form sozialer Inklusion verstanden wird. Insofern stellt die erfolgreich abgeschlossene Schullaufbahn eine wesentliche Bedingung für den Zugang zum Arbeitsmarkt dar.

Textbox 2: Methodik der Fallstudie Dortmund

Aufgrund des fehlenden Zugangs zu Individualdaten wurde der sozioökonomische Hintergrund der Kinder über sozialräumliche Daten erfasst. Mit Hilfe einer Clusteranalyse wurden die 62 statistischen Bezirke in fünf „Sozialräume“ eingeteilt, die in unterschiedlichem Maße von sozialer Benachteiligung betroffen sind. Verwendet wurden drei Indikatoren, die ein Armutsrisiko anzeigen: die Arbeitslosenquote, Kinderarmut (gemeint ist der Anteil an Kindern unter 15 Jahren, die Sozialgeld erhalten) sowie der Anteil Alleinerziehender.

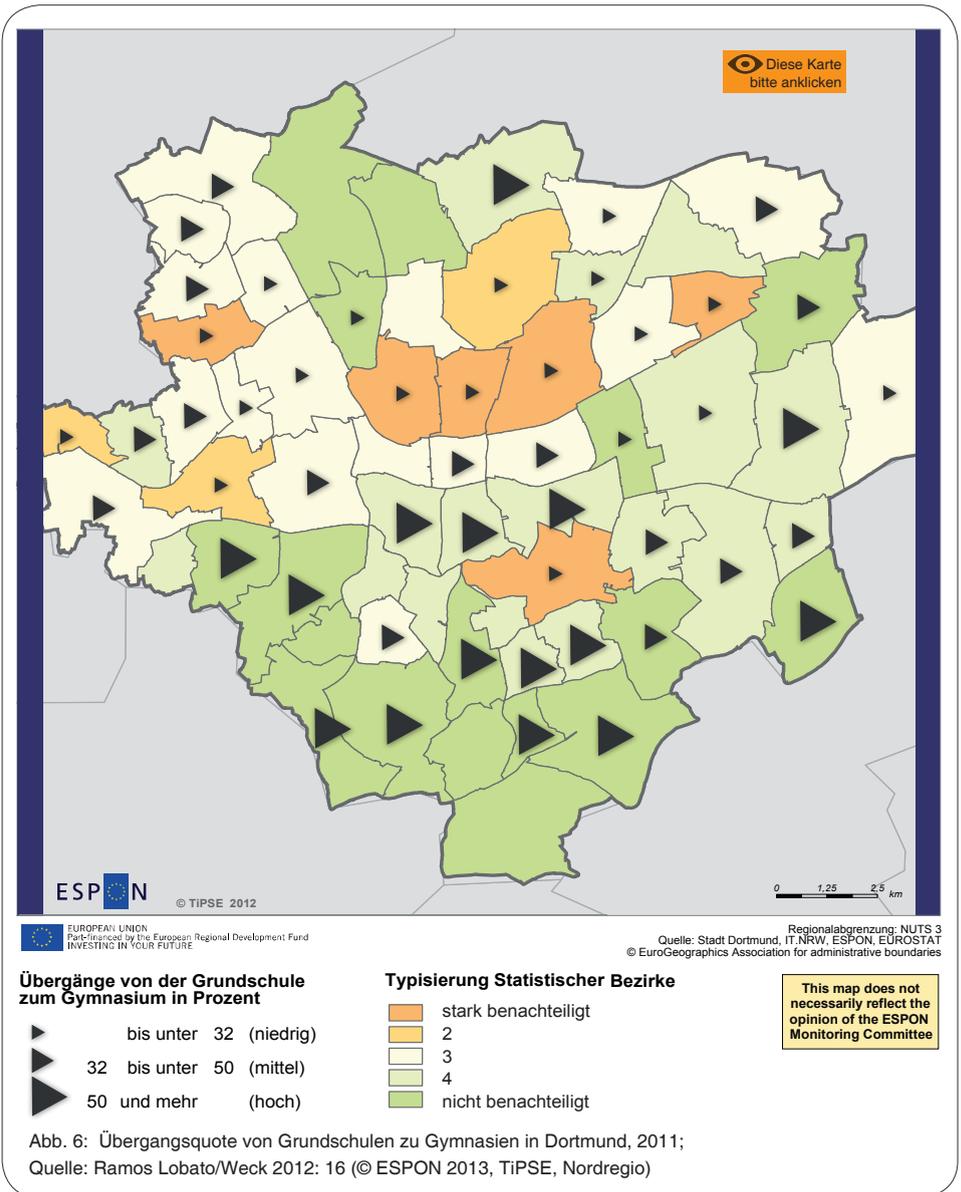
Die Ergebnisse der Clusteranalyse wurden anschließend mit den zur Verfügung stehenden Schuldaten, genauer, den Übergangsquoten der Dortmunder Grundschulen aus den Schuljahren 2001/2002, 2005/2006 und 2010/2011, verknüpft. Da fast alle statistischen Bezirke in Dortmund über eine Grundschule verfügen, werden die Übergangsquoten als kleinräumiger Bildungsindikator verwendet und angenommen, dass die soziale Zusammensetzung der Grundschulen ähnlich der direkten Wohnumgebung ist. Es handelt sich somit um Näherungswerte, weshalb die Ergebnisse vorsichtig interpretiert werden müssen. Die Ergebnisse der Datenauswertung wurden zusätzlich mit lokalen Experten diskutiert. Insgesamt wurden zwölf Interviews mit Fachleuten aus Politik und Verwaltung, Schulen und sozialen Einrichtungen auf unterschiedlichen administrativen Ebenen geführt.

nahezu den doppelten Wert. Die beschriebenen Muster sozialräumlicher sowie schulischer Disparitäten münden zudem in ausgeprägte soziale und ethnische Segregationsprozesse an Dortmunder Schulen. So stammen die Schülerinnen und Schüler einiger weiterführender Schulen zu über 90% aus stark benachteiligten Bezirken. In anderen Schulen ist das genaue Gegenteil der Fall.

Während der Anteil an Kindern nichtdeutscher Herkunft in Grund-, Haupt- und Gesamtschulen in benachteiligten Bezirken bei knapp 50% liegt, beträgt ihr Anteil an der entsprechenden Altersgruppe auf Bezirksebene lediglich 19%, was zusätzlich zur sozialen die starke ethnische Segregation an Dortmunder Schulen verdeutlicht. Dies ist insofern beunruhigend, da empirische Studien auf den Zusammenhang zwischen schulischer Segregation und den durchschnittlichen Leistungen der Kinder verweisen, der über die Effekte individueller Benachteiligung hinausgeht (Sykes/Kuyper 2013; Ditton/Krüsken 2007; Alegre/Ferrer 2010: 433).

Lokale Ansätze zur Bekämpfung von Bildungsdisparitäten

Seit einigen Jahren hat das Thema Bildung und die Bekämpfung von Bildungsdisparitäten auf der politischen Agenda Dortmunds an Gewicht gewonnen. Dies wird beispielhaft sichtbar an der Gründung der Dortmunder Bildungskommission, die als unabhängiges Beratungsgremium im Jahr 2000 vom Oberbürgermeister initiiert wurde. Im Jahr 2002 folgte die Gründung des regionalen Bildungsbüros, einer Kooperation aus Schulverwaltung, Schulaufsicht und dem Verein zur Förderung innovativer Schulentwicklungen – ähnlich wie die Bildungskommission eine freiwillige Aufgabe der Kommune. Das Ziel des Bildungsbüros ist es, lokale Bildungsakteure zu vernetzen, zwischen Schulen und außerschulischen Akteuren zu vermitteln und innovative Bildungskonzepte zu unterstützen. Durch die systematische Vernetzung auf der lokalen Ebene arbeiten nun Akteure zusammen, deren Berührungspunkte bisher eher begrenzt waren, und dies erleichtert die gezielte Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher. Beispielhaft kann hier ebenfalls auf das neue Konzept der Stadt Dortmund verwiesen werden, das die Lern- und Lebenschancen von Kindern und Jugendli-



chen mit Migrationshintergrund verbessern soll. Ein eigens gebildeter Koordinierungskreis bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern städtischer Ämter, Schulen sowie Bildungs- und Beschäftigungsträgern soll Ressourcen und Angebote bündeln und für die Umsetzung der Unterstützungsmaßnahmen Sorge tragen.

Ein häufig zitiertes Beispiel für die effektive Förderung benachteiligter Kinder und den Erfolg lokaler Netzwerke und Partnerschaften ist die Grundschule Kleine Kielstraße in der Dortmunder Nordstadt. Zentrales Element der Schule ist ihr ganzheitlicher Ansatz sowie die intensive Zusammenarbeit mit den Eltern, unter anderem gefördert durch Elterncafés. So liegt der Fokus der Schule nicht nur auf der derzeitigen Schülerschaft, sondern bezieht ebenso die Betreuung und sprachliche Förderung jüngerer (Geschwister-)Kinder aus der Nachbarschaft ein. In Kooperation mit an-

deren lokalen Partnern hat die Grundschule Kleine Kielstraße das mit dem Preis für Soziale Stadt 2014 prämierte Netzwerk InFamilie gegründet, dem mittlerweile über 60 Akteure aus verschiedensten Bereichen angehören, beispielsweise soziale Dienstleister, Wohnungsgesellschaften oder Vereine. Ziel des Netzwerks ist es, Kindern gleiche Startchancen in Schule und Beruf zu ermöglichen und bereits zu einem frühen Zeitpunkt unterstützende Angebote anzubieten. Dabei wird auch die Verbesserung des Wohnumfelds in den Blick genommen.

Ausblick

Auch wenn der Begriff der sozialen Ausgrenzung Eingang in viele politische Dokumente gefunden hat, sowohl auf europäischer Ebene als auch in Deutschland, beschränkt sich die Messung oftmals auf

das, was die verfügbaren Statistiken erfassen und das sind zumeist Daten zu Beschäftigung und Einkommen. Einzelindikatoren wie Arbeitslosigkeit oder (Transfer-)Einkommen können jedoch immer nur ein gewisses Risiko der sozialen Ausgrenzung anzeigen. Die Kumulation unterschiedlicher Problemlagen wird erst dann sichtbar, wenn auch kleinräumige Daten zur Gesundheit, zum Bildungsstand, zur sozialen oder politischen Partizipation erfasst und ausgewertet werden.

Ohne ausreichende Datenbasis können Muster und Trends der sozialen Ausgrenzung somit nicht adäquat erfasst werden. Im Vergleich zu Ländern, die auf Registerdaten zurückgreifen können, wie die Niederlande oder die skandinavischen Länder, ist die Datenlage in Deutschland mit Bezug auf kleinräumige Daten deutlich limitierter. Freiwillige Ansätze der Kommunen, kleinräumige Monitoringverfahren und Benchmarkings zu etablieren

und einzusetzen, wie beispielsweise die Arbeitsgemeinschaft Kommunalstatistik KOSTAT oder die KOSIS-Gemeinschaft Urban Audit sind daher zu begrüßen und weiterzuentwickeln.

Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist die Zusammenführung von Daten aus unterschiedlichen Lebensbereichen (Arbeit, Einkommen, Gesundheit, Bildung, soziale Teilhabe, politische Partizipation, Mobilität, Wohnsituation, Lebensumfeld etc.), nicht nur unter dem Aspekt der Darstellung sozialer Ausgrenzung, sondern um generell sozialräumliche Entwicklungstrends zu erfassen. Sinnvoll wäre zudem, wie beispielsweise in den Niederlanden praktiziert, die Kombination von Statistiken und regelmäßigen Befragungen, um Datenanalysen mit der Sichtweise der Betroffenen zu verbinden. Mit Blick auf soziale Ausgrenzung ergibt sich aus dieser Kombination zum Beispiel Aufschluss darüber, inwieweit Einkommens-

armut zu Ausgrenzung in anderen Lebensbereichen führt.

Kleinräumige Disparitäten lassen sich über die Zuordnung von Erhebungsmerkmalen zu geografischen Gitterzellen und der Modellierung der Armutsgefährdungsquote nach der Methodik des Projekts TiPSE auf Gitterzellen unterhalb der Quadratmeter-Größe erkennen. Auf regionaler Ebene erlaubt die Kombination mit anderen Statistiken Rückschlüsse zu räumlich differenzierten Belastungen, zum Beispiel durch die Spiegelung von Einkommensdaten mit Lebenshaltungskosten (regionalisierte Daten zum Verbraucherpreisindex). Eine allgemeingültige Lösung gibt es dabei nicht, vielmehr sind ein Monitoring auf verschiedenen Maßstabsebenen sowie ein vertikal koordinierter Politikansatz vonnöten, um Armuts- und Ausgrenzungsprozesse abzubilden und deren Ursachen identifizieren zu können.

Literaturverzeichnis

Alegre, Miquel À.; Ferrer, Gerard (2010): School regimes and education equity: some insights based on PISA 2006. In: British Educational Research Journal, Jg. 36, Heft 3, S. 433-446.

Copus, Andrew (Hrsg.) (2014): Territorial Dimension of Poverty and Social Exclusion in Europe (TiPSE) – Final report. ESPON 2013 programme. Luxembourg.

Dijkstra, Lewis; Poelman, Hugo (2011): Regional typologies: a compilation. Regional Focus, 1/2011.

Ditton, Hartmut; Krüsken, Jan (2007): Sozialräumliche Segregation und schulische Entwicklung. In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, Jg. 2, Heft 1, S. 23-38.

Europäische Kommission (EC) (2010) Investing in Europe's Future. Fifth Report on Economic and Social Cohesion. Brussels.

Eurostat (2014a): Glossar. Armutsgefährdungsquote. Online verfügbar unter: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Glossary:At-risk-of-poverty_rate/de.

Eurostat (2014b): EU-SILC. Online verfügbar unter: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/microdata/eu_silc.

Jehoel-Gijsbers, Gerda; Vrooman, Cok (2007): Explaining Social Exclusion: A Theoretical Model Tested in the Netherlands.

The Netherlands Institute for Social Research. The Hague (www.scp.nl/english/).

Kronauer, Martin; Siebel, Walter (2013): Einleitung: Die Aktualität der Polarisierungsthese für die Stadtforschung. In: Kronauer, Martin; Siebel, Walter (Hrsg.): Polariserte Städte – Soziale Ungleichheit als Herausforderung für die Stadtpolitik. Frankfurt, S. 9-24.

OECD (2012): PISA 2012 Ergebnisse – Deutschland. Online verfügbar unter: <http://www.oecd.org/berlin/themen/PISA-2012-Deutschland.pdf>.

Ramos Lobato, Isabel; Weck, Sabine (2012): Territorial Dimension of Poverty and Social Exclusion in Europe (TiPSE) – Case Study Report Dortmund, Germany. Annex 4, Appendix 1, TiPSE Final Report. ESPON 2013 programme. Luxembourg.

Ramos Lobato, Isabel; Weck, Sabine (2014): Territorial Dimension of Poverty and Social Exclusion in Europe (TiPSE) – Comparative Analysis Case Studies. Annex 4, TiPSE Final Report. ESPON 2013 programme. Luxembourg.

Shucksmith, Mark; Chapman, Pollyanna (1998): Rural Development and Social Exclusion. In: Sociologia Ruralis, Jg. 38, Heft 2, S. 225-242.

Sykes, Brooke; Kuyper, Hans (2013): School Segregation and the Secondary-School Achievements of Youth in the

Netherlands. In: Journal of Ethnic and Migrations Studies, Jg. 39, Heft 10, S. 1699-1716.

Talbot, Hilary; Madanipour, Ali; Shucksmith, Mark (2012): Territorial Dimension of Poverty and Social Exclusion in Europe (TiPSE) – Review of Concepts of Poverty and Social Exclusion. Annex 1, TiPSE Final Report. ESPON 2013 programme. Luxembourg.

Impressum

Herausgeber:
ILS – Institut für Landes- und
Stadtentwicklungsforschung gGmbH
Brüderweg 22 - 24, 44135 Dortmund
Postfach 10 17 64, 44017 Dortmund
Fon +49 (0) 231 90 51-0
Fax +49 (0) 231 90 51-155
ils@ils-forschung.de
www.ils-forschung.de

© ILS 2015

Alle Rechte vorbehalten

Auflage: 1.000 Stück

Ausgabe: 1/15

Layout: Sonja Hammel

Titelfoto: Bundesverband Deutsche Tafel e.V.,
Wolfgang Borrs

Grafiken: Stefan Kaup, Isabel Ramos Lobato,
Sabine Weck, Jutta Rönsch (ILS)

ILS – Institut für Landes- und
Stadtentwicklungsforschung



The results of the TiPSE project presented here do not necessarily reflect the opinion of the ESPON Monitoring Committee.